

Tagungsbericht

Jahreskonferenz der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt

12. bis 13. November 2010 im Begegnungszentrum
der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalekreis e. V.



Veranstalter:

Landesnetzwerk Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA)
 in Kooperation mit dem Projekt EFI der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“
 Halle-Saalekreis e. V.

**Titel und Satz**

cunaki.communications
 Waldowski & Voigt GbR
 Titelbild: © Franz Pfluegl - Fotolia.com

Dokumentation der Jahreskonferenz der Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt

12. bis 13. November 2010 im Begegnungszentrum der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“
 Halle-Saalekreis e. V. in Halle (Saale)

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Tagesprogramm	5
3. Berichterstattung und Diskussion	7
3.1 Bericht über die Arbeit der geschäftsführenden AG des LAMSA	7
3.2 Bericht zur Tätigkeit des Projektes EFI der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle (Saale)	9
3.3 Vorstellung des Projektes „Family-Familia-Famille“	10
3.4 Diskussionsbeiträge	11
3.5 Wahl der neuen geschäftsführenden Arbeitsgruppe des LAMSA	11
4. Vortrag von Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt: „Zuwanderung als Bereicherung“ Strategien des für die Nutzung der Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund	12
5. Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen	14
5.6 AG 1: Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse - ein zentraler Schlüssel der Arbeitsmarktintegration	14
5.7 AG 2: Partizipation von Jugendlichen	15
5.8 AG 3: Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt – anonyme Bewerbung als Chance	18
6. Ergebnisse der Tagung	19
7. Auswertung der Veranstaltung	20
Anhang	21

1. Vorwort



Dr. Karamba Diaby, Projektleiter „Empowerment von MigrantInnen zum nachhaltigen Gelingen der Integration und zur Förderung des Interkulturellen Dialogs“ (EFI) und Landeskoordinator des Landesnetzwerkes der Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA).

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die vorliegende Broschüre dokumentiert das vierte landesweite Treffen der Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt. Zu dieser Veranstaltung, die vom 12. bis zum 13. November 2010 im Begegnungszentrum der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in Halle (Saale) stattfand, versammelten sich Vertreterinnen und Vertreter von insgesamt 47 verschiedenen landesweit bzw. lokal agierenden Organisationen, 70 von 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Migrationshintergrund.

Ziel der Jahreskonferenz war es, einerseits die Arbeit des Netzwerkes sowie den Nutzen der Netzwerkarbeit zu reflektieren und andererseits Ziele und Anliegen für die zukünftige Arbeit zu formulieren.

Neben dem Bericht der Integrationsbeauftragten der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Frau Susi Möbbeck, sind ausführliche Diskussionsbeiträge zu den Themen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie Strategien zur Einbeziehung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund dokumentiert.

Wir danken Allen, die zum Gelingen der Tagung und zur Erstellung dieser Dokumentation beigetragen haben.

Wir sind sicher, dass die hier zusammengetragenen Ergebnisse der Veranstaltung positive Impulse für die zukünftige Netzwerkarbeit in Sachsen-Anhalt darstellen.

Im Namen des Teams des Projektes „EFI“

Dr. Karamba Diaby

Projektleiter

2. Tagungsprogramm

Gesamtmoderation:

Christian Weinert, Politikwissenschaftler, Halle (Saale)

Freitag, 12.11.2010

14:00 Uhr **Anmeldung und Begrüßungskaffee**

15:00 Uhr **Eröffnung der Veranstaltung und Berichte**

Begrüßung

Herr Mamad Mohamad, Sprecher des Landesnetzwerkes der Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA)

Grußworte

Frau Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt
Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung der Stadt Halle (Saale)

Berichte der geschäftsführenden Arbeitsgruppe des LAMSA

Herr Mamad Mohamad, Sprecher des LAMSA
Herr Dr. Karamba Diaby, Koordinator des LAMSA, Projektleiter EFI der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ e. V.

16:00 Uhr **Diskussion**

17:00 Uhr **Kaffeepause**

17:30 Uhr **Vorstellung der Änderungsvorschläge zur Geschäftsordnung
Neuwahl der geschäftsführenden Arbeitsgruppe**

20:00 Uhr **Abendessen**

ab 20:30 Uhr **Abendprogramm und informeller Austausch**

Sonntag, 13.11.2010

9:00 Uhr **Vortrag von Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt: „Zuwanderung als Bereicherung“ Strategien des für die Nutzung der Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund**

9:30 Uhr **Diskussion**

- 10:00 Uhr **Arbeitsgruppen**
AG 1: Anerkennung der ausländischen Abschlüsse – ein zentraler Schlüssel der Arbeitsmarktintegration
 Impuls: Nguyen Tien Duc, Caritasverband e. V.,
 Sylvia Hörner, SPI GmbH
 Moderation: Ildiko Röder, DAA Deutsche Angestellten-Akademie GmbH Halle
- AG 2: Partizipation von Jugendlichen**
 Impuls: Florin Schmidt, djo-Deutsche Jugend in Europa, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
 Moderation: Ulrike Klobe, Dipl. Pädagogin, Halle (Saale)
- AG 3: Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt – anonyme Bewerbung als Chance**
 Impulse: Jens Büttner, Vertreter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes,
 Rahma Abou Ahmed, Studentin der Politik- und Wirtschaftswissenschaft (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)
 Moderation: Mamad Mohamad
- 12:00 Uhr **Mittagspause**
- 13:00 Uhr **Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen/ Plenumsdiskussion**
- 14:00 Uhr **Arbeitsplanung für 2011**
Verleihung der Mitgliedsurkunden
Themenvorschläge für die Fortbildungsreihe 2011
- 15:00 Uhr **Auswertung**
- Ende der LAMSA Jahrestagung**

3. Berichterstattung und Diskussion

3.1 Bericht über die Arbeit der geschäftsführenden Arbeitsgruppe des LAMSA



Herr Mamad Mohamad, Sprecher des LAMSA

Vor dem Hintergrund des eigenen Migrationshintergrundes und geleitet von der Idee selbst darüber entscheiden zu können, was MigrantInnen und Migrantenselbstorganisationen brauchen, berichtet der Sprecher des LAMSA Mamad Mohamad über dessen Arbeit zwischen 2008 und 2010.

Auszug aus der Powerpointpräsentation:

Bericht von 2008 bis 2010

- Das Landesnetzwerk Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) besteht seit dem 15. November 2008.
- Die geschäftsführende Arbeitsgruppe (GA), bestehend aus 5 Mitgliedern, hat sich in diesem Zeitraum acht Mal zur Beratung getroffen.

Netzwerkarbeit

- BZI
- Integrationskoordinatoren
- Landes- und Integrationsbeirat
- Trägerberatung bei der Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Susi Möbbeck

Strategische Zusammenarbeit

- Strategie-Workshop mit Organisationen der Mehrheitsgesellschaft und MSOs zur Entwicklung eines Strategie-Papiers: „Zusammenleben in Sachsen-Anhalt – Strategie gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Sachsen-Anhalt“
- Tagung in Klieken zum Thema „Zusammenarbeit mit MSOs in Sachsen-Anhalt/Tandemprojekte“
- Zukunftswerkstatt in Klieken zum Thema „Leitlinien der Integration in Sachsen-Anhalt“ mit verschiedenen MSOs

- Verschiedene Gespräche mit dem Bündnis für Zuwanderung und Integration im LSA (Planung von Tandemprojekten u. a.)
- Netzwerkkonferenz in Magdeburg mit den Integrationskoordinatoren des Landes Sachsen-Anhalt

Politische Lobbyarbeit

- Gespräch mit dem Landtagspräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dieter Steinecke (CDU)
- Unterstützung von öffentlichen Aktionen, wie die Demonstration gegen Rechts in Sachsen-Anhalt
- Gespräche mit dem Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Jens Bullerjahn (SPD) bezüglich der Kürzungen im Sozialbereich
- Unterstützung des Offenen Briefes der Organisationen in Sachsen-Anhalt im Vorfeld der Haushaltsberatungen im Landtag
- Gespräche mit dem Sozialminister des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Norbert Bischoff (SPD)
- Gespräch mit dem Ortsbürgermeister von Rothenschirmbach (Ortsteil der Lutherstadt Eisleben) Herrn Jürgen Grobe (SPD)
- Regelmäßige Gespräche mit der Integrationsbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt Frau Susi Möbbeck
- Mitwirkung bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes (NIP) in Sachsen-Anhalt und Mitarbeit im Landesintegrationsbeirat

LAMSA und Projekte

- LAMSA unterstützt Migrantenorganisationen eigene Projektideen zu realisieren bzw. Kooperationsmöglichkeiten mit Dritten auszuloten.
- LAMSA als Kooperationspartner für Projekte, Tagungen u. a. (Kooperationspartner von DAA GmbH, LKJ e. V., DJO e. V., DRK, Multikulturelles Zentrum Dessau, Freiwilligen Agentur Halle (Saale) e. V., SPI GmbH)
- Stellungnahme für Projekte, die in den Tätigkeitsbereich des LAMSA fallen

Öffentlichkeitsarbeit

- Eigene Website des LAMSA, eigenes Logo, Faltblatt für LAMSA (2008, 2009)
- Ein erster Newsletter wurde veröffentlicht (in Zukunft vierteljährig)
- Veröffentlichung der Dokumentation der Jahrestagung 2009
- Pressemitteilungen (z.B. im Fall Oury Jalloh, Gerichtsurteil „Residenzpflicht“)
- Verschiedene Statements in Radio und lokalen Zeitungen (MZ, Volksstimme, MDR Info)
- Vorbereitung eines PR Konzeptes durch den ehrenamtlich tätigen Herrn Harald Wolf

2010

- Beratung mit der „Afrikanischen Initiative“ in Dessau-Roßlau (mit IB und MKZ)
- Berufung der GA Mitglieder in den Landesintegrationsbeirat
- Projektberatung in Zusammenarbeit mit LVW und IVIZ e. V.
- Podiumsdiskussion bei der Tagung „Kultursensible Alten- und Gesundheitshilfe“

- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung „10. Todestag von Adriano“ in Dessau
- Tagung „End Station Kirchenasyl“ in Magdeburg
- Weiterbildung Interkulturelle Kompetenz im Landkreis Wittenberg
- Teilnahme an Podiumsdiskussion im Rahmen der IKW in Sangerhausen
- Beiratssitzung des Projektes „Family-Familia-Familie“
- Vorstellung des LAMSA im Diakonischen Werk Mitteldeutschland
- Beratungsgespräche beim Stendaler Migrantennetzwerk
- 17.12./18.12. 2010 Tagung: „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ (LAMSA, DJO und LKJ) (In Planung)

3.2 Bericht zur Tätigkeit des Projekts EFI der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle (Saale)

(Dr. Karamba Diaby, Projektleiter EFI)

Auszug aus der Powerpointpräsentation:

EFI (Empowerment von MigrantInnen zum nachhaltigen Gelingen der Integration und zur Förderung des Interkulturellen Dialogs) – ein Projekt zur konkreten Förderung der Partizipation von MSO in Sachsen-Anhalt

Aufgaben des Koordinators des LAMSA

- Realisierung der durch die Mitgliederversammlung und der geschäftsführenden Arbeitsgruppe festgelegten Aufgaben
- Koordinierung der Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten der Landesregierung
- Realisierung der Arbeitsfähigkeit des LAMSA
- Zusammenarbeit mit allen außerhalb des Landesnetzwerkes stehenden Organisationen u. a.

Serviceleistungen

- Organisation und Durchführung von Fortbildungen zu Themen der Vereinsarbeit
- Regelmäßiges Beratungsangebot für MSO (5-6 Beratungen/Woche) zu Themen Vereinsgründung, Konzeptionserstellung, Fördermittelbeschaffung
- Hilfe und Vermittlung in Kooperationsprozessen, z. B. bei Tandemprojekten
- Vermittlung von Kontakten zu anderen Organisationen, Institutionen und Beratungsstellen
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit ehrenamtlich tätiger MigrantInnen und ihrer Organisationen bei Großveranstaltungen wie z. B. dem Sachsen-Anhalt-Tag
- Bereitstellung und Weiterleitung von Informationen zu Themen der Integrationsarbeit

Fortbildungen mit Empowerment als Grundsatz

- Auswahl der Themen bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung
- konkrete Formulierung der Inhalte durch Einbeziehung der Mitglieder der GA

Fortbildungsthemen im Zeitraum 2009 – 2010

- Vereinsrecht und Finanzen
- Öffentlichkeits- und Pressearbeit
- Projektmanagement
- Tandemprojekte – Fördermittelbeschaffung
- Vereinsführung
- Kinder- und Jugendhilfegesetz und SGB III

Tagungen 2010

- Tagung „Projekte und Perspektiven“ Solid-Fonds der Europäischen Union (EFF, EIF, ERF) **am 29. März 2010: 80 Teilnehmer (TN)**
- Jahreskonferenz des „Landesnetzwerkes der Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt“ (LAMSAs) **am 12. und 13. November 2010** in Halle (Saale): **70 – 80 TN**

Durch Fortbildungen Begegnung und Austausch ermöglichen

Die TeilnehmerInnen wurden befähigt, sich professionell mit eigenen Ideen und Vorstellungen in die Integrationsarbeit des Landes einzubringen. Es wurden Jahr 2010 66 MigrantInnen aus Sachsen-Anhalt qualifiziert.

3.3 Vorstellung des Projektes „Family-Familia-Familie“

Am 01. September 2010 startete das Projekt „Family – Familia – Familie“. Hauptanliegen des Projektes ist die Erweiterung der Erziehungskompetenz von Eltern, die Entwicklung und Erprobung von Kooperationsformen zwischen Verbänden und MigrantInnenorganisationen (MO) sowie die Vernetzung und Partizipation von Eltern mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten, Schulen und im sozialen Umfeld.

Das Projekt erfolgt in Kooperation mit LAMSAs und dem Kinderschutzbund (DKSB). LAMSAs sichern dabei den Kontakt zur Zielgruppe und kann erste Hemmschwellen bei den Familien mit Migrationshintergrund überwinden helfen. Die Kooperation mit dem DKSB sichert die fachliche Kompetenz im Bereich der Familien- und Erwachsenenbildung.

Die Kooperation zwischen einem erfahrenen Träger der Integrationsarbeit (MSO) und Experten der Familienbildung ist im Land Sachsen-Anhalt bislang einzigartig.

Das Projekt wird vom BAMF gefördert. Der DRK, das LAMSAs und das Multikulturelle Zentrum Dessau tragen gemeinsam die Verantwortung für das Projekt. Projektträger ist der DRK Landesverband Sachsen-Anhalt.

Ansprechpartner:

Madlen Diaz

Deutsches Rotes Kreuz Landesverband e. V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 6,
06110 Halle (Saale)
Tel: (0345) 500 85 72; Fax (0345) 500 85 74
madlen.diaz@sachsen-anhalt.drk.de
www.sachsen-anhalt.drk.de

Beata Sienko (Nachfolgerin von Frau Mika

Kaiyama seit dem 01.01.2011)
Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
Parkstraße 7, 06846 Dessau-Roßlau
Tel.: (0340) 661 1002; (0345) 500 85 73
beata.sienko@multikulti-dessau.de
www.multikulti-dessau.de

3.4 Diskussionsbeiträge

- Inwieweit interessiert sich die Politik im Allgemeinen für MigrantInnen? Wie sehen die politischen Partizipationsmöglichkeiten für MigrantInnen aus?
Dr. Karamba Diaby griff in seiner Antwort die politische Diskussion um ein Kommunalwahlrecht für Drittstaatler auf. Hierfür bedürfe es einer Änderung des Grundgesetzes damit Drittstaatler wählen dürften. Die dafür benötigte Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat sei jedoch vor Ende der 16. Legislaturperiode nicht erreicht worden, so Dr. Diaby. Eine Mitarbeit in den politischen Parteien durch Migranten wäre aber möglich und wünschenswert.
Eine weitere Wortmeldung forderte einen tieferen Einblick in die kommunale Politik. Vor allem die Frage nach dem Funktionieren von Netzwerken auf kommunaler Ebene stand im Mittelpunkt des Interesses. Dass das LAMSAs eine gewerkschaftliche Funktion für Migranten in Sachsen-Anhalt erfüllen kann, welche sich für die Rechte und die Verteidigung dieser Gruppe einsetzt, war ein mehrheitlicher Wunsch der Anwesenden. Im Hinblick darauf wurde auch zur Mobilisierung zur Verhinderung eines Beitritts der DVU in den Landtag aufgerufen.
- Wie sieht es mit der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse aus?
In seiner Antwort betonte Mamad Mohamad die Wichtigkeit dieser Berufsabschlüsse auch für die Migrantenselbstorganisationen.
Ebenso wichtig scheine aber die interkulturelle Sensibilisierung der Betriebe zu sein.
- Kritisch angemerkt wurde der Umgang mit dem Thema „Migration“. Es sollte öfter von „Integration“ gesprochen werden nicht von „Migration“. Inhaltlich bedeutet dies nämlich eine Schwerpunktsetzung auf Qualifizierung durch Deutsch- und Bewerbungskurse, die zum Teil schon wieder massiven Kürzungen unterliegen sind.
- Um die Nachhaltigkeit einzelner Projekte nachweisen zu können, sollte es Evaluationsinstrumente für die Projekte geben. Somit wären Aussagen zur tatsächlichen Integrationsleistung von Migranten möglich.
Die TeilnehmerInnen begrüßten die Veränderungen zwischen 2008 und 2010, insbesondere die Realisierung von Tandem-Projekten sowie die Gründung neuer Migrantenselbstorganisationen.
In einem Schlusswort betonte Mamad Mohamad die gute Arbeitsweise, die sich in den letzten zwei Jahren etabliert hat und verwies auf erste Erfolge.

3.5 Wahl der neuen geschäftsführenden Arbeitsgruppe des LAMSAs

Sprecher des LAMSAs: Herr Mamad Mohamad (Gemeinde der Kurden aus Syrien e. V. Halle)
Stellvertretende Sprecherin des LAMSAs: Olga Ebert (Landmannschaften der Deutschen aus Russland e. V. Halle)

Weitere Mitglieder der Geschäftsführenden Arbeitsgruppen:

Frau Swetlana Oster (Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration der Landeshauptstadt Magdeburg), **Herr Dr. Karamba Diaby** (Ausländerbeirat der Stadt Halle) und **Herr Nguyen Tien Duc** (Mitglied des Beirates für Migration und Integration der Landeshauptstadt Magdeburg)

4. Vortrag von Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt: „Zuwanderung als Bereicherung“ Strategien des für die Nutzung der Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund



Frau Susi Möbbeck, Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitsprecherinnen und Mitsprecher,

Ich freue mich sehr, Sie alle hier begrüßen zu dürfen. Und ich bin sehr froh, dass so viele Migrantinnen und Migranten der Einladung gefolgt sind. Für mich ist das ein außerordentlich positives Signal für unser Anliegen einer Verstärkung des Engagements und einer intensiveren Vernetzung von Migrantenorganisationen.

Betrachtet man die spezifische Situation von Migranten in Ostdeutschland, so kann an dieser Stelle positiv hervorgehoben werden, dass Zuwanderer in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland qualifizierter sind, was die Bildungs- und Berufsabschlüsse anbetrifft. Die Integrationspolitik in Sachsen-Anhalt ist seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes und der Verabschiedung des Leitbildes zur Entwicklung der Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt durch die Landesregierung im Jahr 2005 von einer dynamischen Entwicklung gekennzeichnet. Diese Entwicklung hat durch den Nationalen Integrationsplan neue Impulse erhalten. Er gab unter anderem den Anstoß für die Einleitung des Projekts „Integration im Dialog“, mit dem erstmals auch die kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure der Integrationsarbeit in einem strukturierten Beratungsprozess in die Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Landes eingebunden wurden.

Zentrale Selbstverpflichtungen der Länder aus dem Nationalen Integrationsplan sowie eine Reihe von Empfehlungen aus dem Abschlussbericht „Integration im Dialog“ sind in das Aktionsprogramm Integration der Landesregierung vom 23. Juni 2009 eingegangen. Die Umsetzung des Aktionsprogramms ist, bereits erheblich fortgeschritten. In manchen Bereichen, etwa in der frühkindlichen Förderung und der schulischen Bildung, benötigen die eingeleiteten Maßnahmen aber noch Zeit, um wirken zu können.

Neben den bereits eingeleiteten sind ergänzende Maßnahmen erforderlich, um den - unter anderem im Nationalen Integrationsplan sowie im Rahmen des Projekts „Integration im Dialog“ festgestellten - integrationspolitischen Anforderungen gerecht zu werden. Für die

Identifizierung der erforderlichen Maßnahmen wird das begonnene Integrationsmonitoring in Zukunft wichtige Fakten und Entscheidungsgrundlagen liefern.

Zu den wichtigsten integrationspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre werden die Erarbeitung und anschließende Umsetzung des Aktionsplans zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans gehören. Hierfür werden elf themenbezogene „Dialogforen“ eingerichtet, die in der Regel die für die Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans geschaffenen Arbeitsgruppen fortführen. Als eigenständige Themenfelder neu hinzugekommen sind die Bereiche „Gesundheit und Pflege“ sowie „Migranten im öffentlichen Dienst“. Mit dem Aktionsplan sollen die Zielsetzungen und Maßnahmen aus dem Nationalen Integrationsplan fortentwickelt und stärker auf die Einführung verbindlicher Zielgrößen hin ausgerichtet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen nach den Vorstellungen des Bundes und Länder in geeigneten Themenfeldern einen gemeinsamen Ziel- und Maßnahme-Katalog erstellen, mit dem verbindliche Zielgrößen (Benchmarks), hierauf konkret bezogene Maßnahmen sowie Zeithorizonte für die Zielerreichung festgelegt werden. Zudem sollen Indikatoren herangezogen bzw. entwickelt werden, mit denen die Zielerreichung überprüft werden kann. Hierzu soll auch auf die für die Monitoringverfahren des Bundes und der Länder entwickelten Indikatoren zurückgegriffen werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt wird die **Verbesserung der Situation bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen** und Qualifikationen sein. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Herbst 2010 den Entwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ (sog. Anerkennungsgesetz) auf den Weg gebracht, mit dem Zuwanderer unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit einen Rechtsanspruch auf die Durchführung eines Verfahrens über die Feststellung und Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse und Qualifikationen erhalten sollen.

Die für die Anerkennung zuständigen Stellen sollen die Anträge grundsätzlich innerhalb von drei Monaten bearbeiten. Sachsen-Anhalt wird sich in das Gesetzgebungsverfahren zum Anerkennungsgesetz im Rahmen der Länderbeteiligung weiterhin einbringen. Da die Kompetenz des Bundes auf Berufe beschränkt ist, deren Regelung in seinem Zuständigkeitsbereich liegt, sind darüber hinaus auf Landesebene mit Blick auf landesrechtlich reglementierte Berufe (z. B. Lehrer und Ingenieure) ergänzende Anerkennungsregelungen zu erarbeiten.

Da alle Anerkennungsverfahren – auch die, welche nach Bundesrecht geregelte Berufe betreffen – von Landesstellen durchgeführt werden, wird ferner generell zu prüfen sein, wie die Vollzugspraxis der Anerkennungsverfahren vereinfacht und vereinheitlicht werden kann. Auch der Landesbeirat für Integrationsfragen wird sich weiterhin der Problematik annehmen.

Sachsen-Anhalt ist – wie alle ostdeutschen Länder - besonders vom demografischen Wandel betroffen. Eine verbesserte Anerkennung der Qualifikationen der in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen mit Migrationshintergrund trägt dazu bei, das rasch schrumpfende Erwerbspersonenpotenzial zu stabilisieren und die dynamische wirtschaftliche Entwicklung abzusichern. Aber auch die Förderung der Neuzuwanderung und Integration vor allem jüngerer, gut ausgebildeter Menschen wird vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung für die Zukunft ein wichtiges Thema sein.

Die vorgenannten Entwicklungen werden dazu beitragen, dass die Bedeutung des Themas Integration in den kommenden Jahren tendenziell weiter zunehmen wird.

Ich freue mich, dass alle diese Themen Berücksichtigung finden in den drei Arbeitsgruppen, die gleich folgen werden. Ich freue mich auf unseren inhaltlichen Austausch, und wünsche uns erfolgreiche und intensive Diskussionen.

5. Arbeitsgruppen

5.1 **AG 1: Anerkennung der ausländischen Schulabschlüsse – ein zentraler Schlüssel der Arbeitsmarktintegration**

Impuls: Frau Sylvia Hörner, SPI Halle

Frau Hörner stellte aus ihrer Pilotstudie hauptsächlich die Ergebnisse der Befragung während des LAMSA-Jahrestreffens im November 2009 vor. Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund wurden und werden für freiwillige Angebote Sozialer Arbeit weiterhin vor allem unter Zugewanderten der ersten Generation rekrutiert, welche in der ehrenamtlichen Migrations- und Integrationsarbeit tätig sind. Es gibt einen großen Bedarf an diesen Kolleg/innen und ihren Arbeitspotentialen.

Sie selbst sind auch überwiegend sehr zufrieden mit ihren Arbeitsfeldern und wünschen sich mehrheitlich in der Sozialen Arbeit – insbesondere in den Bereichen der Migrations-, Integrations- sowie Kinder- und Jugendarbeit beruflich tätig zu bleiben.

In der Regel werden sie mit anspruchsvollen komplexen Aufgaben betraut, sowohl beruflich als auch ehrenamtlich. Jedoch – für zwei Drittel der Befragten, welche nicht über einen berufsqualifizierenden Abschluss für die Soziale Arbeit verfügen, stellt sich die berufliche Zukunft insgesamt zeitlich begrenzt und unsicher dar.

Außerdem scheint das Nachholen eines entsprechenden Berufsabschlusses allgemein fast außerhalb der wahrnehmbaren Möglichkeiten zu liegen – das hat verschiedene handfeste Gründe. Eine Kompensation durch jüngere, hier ausgebildete Generationen von Sozialarbeiter/innen mit Migrationshintergrund wird für Ostdeutschland statistisch verneint.

Frau Hörner schloss mit Empfehlungen, arbeitsmarktpolitische, bildungs- finanzierende Instrumente und hochschulische Studiengänge für die Zielgruppe effektiv zu öffnen. Sie wies außerdem darauf hin, dass eine landesweite systematische Bedarfserhebung und Befragung mit aktiver Einbeziehung der Migrantenselbstorganisationen wichtig ist, um gute und passende Handlungsgrundlagen zu legen.

Impuls Herr Duc, Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V., Magdeburg:

Herr Duc referierte zur Thematik und Notwendigkeit des Leitfadens für die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Bei seinen Ausführungen verwies er zunächst auf die Probleme sozialer Träger und auf die Jobcenter bei Vermittlungen. Dabei spielen anderes Aussehen, Sprache, Geschlecht und Qualifikationen eine wichtige Rolle. Arbeitsagenturen und ARGEN leugnen die in der Praxis häufig auftretenden Probleme und sprechen eher von Einzelfällen. Der Leitfaden „Übersetzung ist gut, Anerkennung ist besser“ ist eine Zusammenstellung für Sachsen-Anhalt. Dieser Leitfaden entstand vor dem Hintergrund, dass es in Sachsen-Anhalt weder genügend Kenntnisse zur komplexen Situation der AntragstellerInnen noch

eine organisierte Interessenvertretung gibt. Dies ist auch der Grund für die Forderung einer zentralen Servicestelle in Sachsen-Anhalt, statt der bisherigen Aufteilung in 23 Stellen. Insgesamt sind mehr als 20 Stellen und ca. 32 Personen zuständig, die untereinander nicht professionell vernetzt sind. Auch diese Stellen baten um den Leitfaden, um sich selbst zu orientieren.

Als problematisch stellte Herr Duc heraus, dass es für Drittstaatler keinen Rechtsanspruch auf Anerkennungsverfahren gibt. Dieser besteht nur bei Spätaussiedlern nach dem Bundesvertriebenengesetz und EU-Angehörigen. Wichtige Appelle an die Bundesregierung sind demnach:

- Ein Rechtsanspruch auf Anerkennungsverfahren auch für Drittstaatler
- Anpassungsqualifizierungen bei Teilerkennungen
- Berücksichtigung der Berufserfahrung
- Überwindung unqualifizierter Beschäftigung
- einfache und transparente Verfahren
- Einrichtung von Erstanlaufstellen

Ergebnisse der Arbeitsgruppe:

- Forderung nach einer professionellen staatlichen Anerkennung besonders bei reglementierten Berufen, da sich so die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern lassen und eine bessere Bezahlung sichert und den Zugang zu Weiterbildungen und Umschulungen ermöglicht
- Leitfaden wirkte bis in die Bundesregierung, Anerkennungsverfahren kann so schneller auf den Weg gebracht werden. Politik erkennt langsam Potential der Zuwanderer vor dem Hintergrund drohendem Fachkräftemangel. Vorteile von MigrantInnen sind die Mehrsprachigkeit, die höheren interkulturellen Potentiale, und speziell in Sachsen-Anhalt, ein „exotisches Alleinstellungsmerkmal“.
- Migrantenselbstorganisationen und Träger von Integrationsarbeit müssen in den politischen Prozess des Anerkennungsverfahrens mit einbezogen werden.
- Forderung nach einer stärkeren Einmischung der LAMSA als Experten für den Anerkennungsprozess.

5.2 **AG 2: Partizipation von Jugendlichen**

Moderation: Ulrike Klobe, Dipl. Pädagogin

Die Arbeit mit Jugendlichen ist auch im Jahr 2010 ein wichtiges Thema der Mitglieder des Landesnetzwerkes Migrantenselbstorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA). In der diesjährigen Arbeitsgruppe lag dabei der Schwerpunkt auf der Partizipation von Jugendlichen. Die Bedeutung des Themas zeigte sich bereits in der hohen Beteiligung. Insgesamt 18 Vertreter und Vertreterinnen von Migrantenselbstorganisationen sowie die Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Susi Möbbeck, fanden sich zu einer Diskussion in der Arbeitsgruppe ein. Als Referent war Herr Florin Schmidt, Jugendbildungsreferent des djo - Deutsche Jugend in Europa Landesverbandes Sachsen-Anhalt, geladen.

Impuls Florin Schmidt, djo-Deutsche Jugend in Europa:

In seinem Impulsreferat informierte Herr Schmidt über die verschiedenen Facetten des Begriffs Partizipation (lat. *particeps* – beteiligt an bzw. *Subst.* Teilnehmer). So ist zum einen zwischen dem prinzipiell gewährten Recht auf Partizipation (passive Beteiligung) und dessen aktiven Aneignung (aktive Teilnahme) zu unterscheiden. Zum anderen lässt sich zwischen gesellschaftlicher und politischer Partizipation differenzieren, wobei sich die gesellschaftliche Partizipation auf die Beteiligung an gesellschaftlichen Organisationen und sozialen Netzwerken bezieht, die eine aktive Gestaltung von Gesellschaft außerhalb politischer Gruppierungen und Parteien ermöglichen.

Partizipation von Jugendlichen ist ausdrückliches Ziel von Jugendarbeit und grundlegendes Recht ihrer Adressaten, was so auch im Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) gesetzlich fixiert ist. Demnach sollen Jugendliche nicht nur entsprechend ihres Entwicklungsstandes sowie ihrer familiären und kulturellen Hintergründe bei der Ausgestaltung der Hilfe- und Freizeitangebote in ihren verschiedenen Bedürfnissen berücksichtigt werden, sondern in erster Linie an allen sie betreffenden Entscheidungen aktiv beteiligt werden. Jugendliche sind keine passiven Empfänger von Angeboten und Hilfeformen, sondern sie sind selbständige und kompetente Mitgestalter. Ziel der Jugendarbeit ist es, die Fähigkeiten und Interessen der jungen Menschen sowie ihre Bedürfnisse nach eigenständigem und verantwortungsbewusstem Handeln und aktiver Beteiligung zu unterstützen.

In der Praxis lassen sich verschiedene Stufen der Partizipation von Jugendlichen ausmachen. Je nach Alter und Form der Angebote werden vor allem Vorstufen der Partizipation umgesetzt, wie beispielsweise die Stufen der Alibi-Teilhabe, Information oder Mitwirkung, bei denen den Jugendlichen zwar teilweise Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden, diese aber in einem von verantwortlichen Erwachsenen vorgegebenen Setting festgelegt sind und die Vorbereitung und letztendlich auch die Umsetzung des Projektes ohne sie stattfindet. Die eigentlichen Stufen der Partizipation, Mitbestimmung und Selbstbestimmung, werden hingegen nur sehr selten erreicht und setzen in der Regel eine kontinuierliche Jugendarbeit voraus.

Den Abschluss des Impulsreferates bildete ein Ausblick auf die Chancen und Potentiale von Partizipation Jugendlicher mit Migrationshintergrund. Herr Schmidt zeigte auf, dass bundesweit mehr als ein Drittel aller Jugendlichen mit Migrationshintergrund in mindestens einem Verein oder einer Organisation Mitglied sind. Bei Jugendlichen, die bereits in der 2. Generation in Deutschland leben, ist die Beteiligung deutlich höher. Ebenso werden politische Partizipationsmöglichkeiten, wie die Teilnahme an Wahlen, Diskussionsforen und Demonstrationen, von jungen Menschen mit Migrationshintergrund sehr stark wahrgenommen. Neben der hohen Beteiligung lassen statistische Daten ebenso den Rückschluss auf sehr breit gefächerte Interessen der Jugendlichen zu.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe:

Den Einstieg in die Diskussion der Arbeitsgruppe bestimmte der Erfahrungsaustausch zur Arbeit mit Jugendlichen im Allgemeinen und der Gestaltung von Angeboten, bei denen sich die Jugendlichen aktiv selbst mit einbringen können und sollen, im Besonderen. Grundsätzlich teilte man die Auffassung, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich aktiv einbringen, in Sachsen-Anhalt noch immer unterrepräsentiert sind, dass gleich-

zeitig jedoch immer wieder der hohe Bedarf nach größeren Beteiligungsmöglichkeiten zum Ausdruck kommt. Die Potentiale, so die einhellige Meinung, sind in Sachsen Anhalt noch lange nicht ausgeschöpft. Tatsächlicher Partizipation geht jedoch ein langer Entwicklungsprozess voraus, und hier stehen die VertreterInnen noch am Anfang.

Eines der größten Probleme stellt die Erreichbarkeit der Jugendlichen dar. Oft fällt es schwer, sie von den Möglichkeiten der Partizipation zu überzeugen und zu einer Mitarbeit zu motivieren. Dass damit auch das Problem des Nachwuchses für fast alle Bereiche der konkreten Jugendarbeit, dann aber auch auf der Ebene der Arbeit in Migrantenselbstorganisationen angesprochen ist, liegt auf der Hand.

Eine häufige Erfahrung ist, dass das Engagement von Jugendlichen nicht selten mit dem Abschluss der schulischen Ausbildung endet, da sie für Ausbildung oder Studium den Wohnort wechseln und so für die Arbeit in den MSO nicht mehr zur Verfügung stehen. Jugendarbeit, so ein wichtiges Ergebnis der AG, kann nur dort stattfinden, wo Kinder und Jugendliche leben. Jugendrelevante Angebote können nur vor dem Hintergrund konkreter Möglichkeiten und Interessen gemacht werden. Jugendarbeit kann nicht erzwungen werden. Sie setzt bei allen Akteuren, insbesondere bei Erwachsenen, ein hohes Maß an Sensibilität und Kompetenzen voraus. Immer wieder müssen die spezifische Lebenssituation der Jugendlichen und ihre Interessen erspürt werden. Eine in diesem Zusammenhang interessante Feststellung der Diskutanten ist darin zu sehen, dass vor allem jugendliche Migrantinnen, die in der zweiten Generation in Deutschland leben, sich selbst nicht vorrangig als MigrantInnen wahrnehmen. Infolgedessen laufen bestimmte Angebote und Themen der MSO Gefahr, schon im Ansatz an den Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen vorbeizugehen. Des Weiteren war sich die Diskussionsgruppe einig, dass großangelegte Projekte an Schulen, mit denen für das Engagement junger MigrantInnen in Vereinen u.ä. geworben werden soll, in der Regel schwer umzusetzen sind und das eigentliche Ziel verfehlen. Wichtiger scheint es, weniger verbindliche Angebote zu machen, die nicht für Engagement per se werben, sondern konkret auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abzielen. So können beispielsweise Jugendfreizeiten, Sportveranstaltungen oder schlicht die Bereitstellung von Räumlichkeiten als „Türöffner“ fungieren, die den Jugendlichen Lust machen, an weiteren Angeboten teilzunehmen, und zu aktiver Mitarbeit in Vereinen u.ä. anregen.

Hat man die Jugendlichen erreicht, stellen sich weitere Schwierigkeiten: die komplizierten Förderbedingungen des Landes und der Jugendhilfe. Diese stellen im Allgemeinen nicht unerhebliche Hindernisse für die Umsetzung von Angeboten und Projektideen dar. Hier sind zunächst die langen Beantragungszeiträume zu nennen, die oft mit den eher kurzfristigen Bedürfnissen der Jugendlichen kollidieren. Wenn Jugendliche Initiative zeigen, muss diese unverzüglich umgesetzt werden. Verzögert sich die Umsetzung aufgrund langer Beantragungszeiten, verlieren die Jugendlichen in der Regel das Interesse. Sie warten nicht, bis ein Förderantrag bewilligt ist. Des Weiteren kommt hinzu, dass Projekte nur unter bestimmten Bedingungen gefördert werden. Diese betreffen zum einen das Alter der Zielgruppe, zum anderen müssen die Projekte überregional angelegt sein, um förderungsfähig zu sein. Das bedeutet zum einen, dass Projekte mit Kindern bis zu 12 Jahren generell nicht gefördert werden – mit weitreichenden Konsequenzen für die bereits angesprochene Nachwuchsproblematik –, zum anderen geht eine überregionale Anlage von Projekten oft an der Lebensrealität der Jugendlichen vorbei. In diesem Zusammenhang äußerten die

Diskutanten den Eindruck, dass jugendliche MigrantInnen keine eigene Zielgruppe von Kinder- und Jugendarbeit sind und dadurch nicht zuletzt auch politisch übersehen werden. Insgesamt lässt sich vor dem Hintergrund der eben angesprochenen Probleme und Schwierigkeiten festhalten, dass denjenigen, die Angebote machen, eine hohe Flexibilität abverlangt wird, und nicht selten kommt es zu personellen, materiellen und finanziellen Überforderungen. Diesen Überforderungen lässt sich mit dem Referenten Florin Schmidt v.a. über Vernetzung begegnen. So können personelle, materielle und finanzielle Mittel einzelner Vereine auch von denen genutzt werden, die in diesen Bereichen Defizite haben.

5.3 AG 3: Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt – anonyme Bewerbung als Chance

Impulse: Jens Büttner, Vertreter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, **Rahma Abou Ahmed**, Studentin der Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der MLU Halle-Wittenberg
Moderation: Viola Rieck

Impuls: **Rahma Abou Ahmed**, Studentin der Politik- und Wirtschaftswissenschaften, Halle
Was heißt eigentlich Diskriminierung, so leitete Rahma Abou Ahmed, Studentin der Politik- und Wirtschaftswissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in die Thematik der Arbeitsgruppe ein.
Die Angst vor der fremden Kultur, Religion, etc. ist ein Hauptgrund der Diskriminierung, so Frau Ahmed. Das Fremde ist meistens sehr unklar und um es näher kennen zu lernen, müssen Kompromisse gefunden werden. Vor allem muss erläutert werden, dass man vor dem Fremden keine Angst haben muss sondern ihm eine Chance geben kann. Das anonyme Bewerbungsverfahren sei hierbei eine Möglichkeit, um Diskriminierung zu verhindern. Der Arbeitgeber kann sich somit auf die Qualifikationen stützen. Das fördert Gleichheit und hilft Vorurteilen entgegenzuwirken.

Impuls: **Jens Büttner**, Vertreter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Jens Büttner stellt das Pilotprojekt zum anonymisierten Bewerbungsverfahren vor: Er verweist kurz auf die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Allgemeinen.
In Deutschland gibt es seit vier Jahren das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – kurz AGG – und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und der Errichtung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurden vor etwas mehr als vier Jahren insgesamt vier Richtlinien der EU-Kommission in deutsches Recht umgesetzt. Ziel des Gesetzes ist es, Diskriminierung aus rassistischen Gründen oder wegen ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.
Die Antidiskriminierungsstelle hat dabei laut Gesetz drei Kernaufgaben:

- Beratung
- Forschung
- Schaffen von Öffentlichkeit für das Thema Antidiskriminierung und Diskriminierungsschutz

Seit dem Bestehen der Antidiskriminierungsstelle sind laut Herrn Büttner rund 11000 Fragen eingegangen. Der damit einhergehende hohe Bekanntheitsgrad liegt nicht zuletzt am breiten Interesse des Pilotprojekts des Anonymisierten Bewerbungsverfahrens, welches im Anschluss von Herrn Büttner vorgestellt wird.

Insgesamt kann man sagen, dass durch die Existenz des Gleichbehandlungsgesetzes und der Antidiskriminierungsstelle die Aufmerksamkeit für das Thema Diskriminierung in Deutschland gestiegen ist. Das ist gut. Dennoch muss noch viel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Ein Punkt, der in der Beratungsarbeit immer wieder aufgetaucht, ist die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Benachteiligungen insbesondere in Bewerbungsverfahren sind hier leider immer noch eine Tatsache. Laut wissenschaftlichen Studien verwendet ein deutscher Personaler oder eine Personalerin im Durchschnitt gerade einmal 2 bis 4 Minuten für die Durchsicht einer Bewerbung. Dabei kommen oft – bewusst oder eher unbewusst, Selektionsmuster zum Tragen, die mit persönlichen Erfahrungen, Kenntnis oder besser Unkenntnis über bestimmte Menschengruppen etc. zu tun haben. Die Folge ist, dass bestimmte Bewerbergruppen deutlich schlechtere Chancen auf eine Einladung zum Vorstellungsgespräch haben.

Vor dem Hintergrund, dass Vielfalt aber als Chance zu begreifen ist, hat es sich die Antidiskriminierungsstelle zur Aufgabe gemacht hier Abhilfe zu schaffen. Letztlich haben sich fünf große und namhafte Firmen sowie zwei Behörden für eine Teilnahme am Modellprojekt entschieden. Im Einzelnen sind dies: Die Deutsche Post, die Deutsche Telekom, das Kosmetikunternehmen L'Oréal, der Geschenkdienstleister Mydays, der Konsumgüterkonzern Procter & Gamble, das Bundesfamilienministerium und die Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen.

Am 25. November 2010 startet das Pilotprojekt.

Unter wissenschaftlicher Begleitung sollen ein Jahr lang anonymisierte Bewerbungsverfahren ausprobiert werden. In der ersten Phase der Bewerbungsverfahren soll auf Fotos sowie auf persönliche Angaben wie Name, Alter, Geschlecht, Herkunft und Familienstand verzichtet werden.

Anonymisierte und standardisierte Fragebögen sollen den Blick der Personalerinnen und Personaler konsequent auf die Qualifikation lenken.

6. Ergebnisse der Tagung

Schwerpunkt dieser Tagung waren die Analyse der allgemeinen Situation der Zugewanderten in Sachsen-Anhalt und die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse und Qualifikation, die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie eine anonymisierte Bewerbung und die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Dabei wurde als Haupthindernis der Integration das Problem des Arbeitsmarktzugangs thematisiert und herausgestellt.

Das Landesnetzwerk sieht daher als eine der künftigen Schwerpunkte seiner Arbeit die Ermutigung der Migrantinnen und Migranten, die ersten Wege zum Annerkennungsverfahren zu bestreiten. Was die Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund anbelangt, so wurde festgestellt, dass es auf diesem Gebiet einen großen Nachholbedarf gibt, denn jugendliche Migranten sind in Sachsen-Anhalt noch immer unterrepräsentiert,

obgleich ein hoher Bedarf an Beteiligungsmöglichkeiten besteht. Daher soll die Zielgruppe motiviert werden, intensiver auf deutsche Verbände einzugehen.

Umgesetzt werden soll die Forderung nach Vernetzung durch die Bildung einer offenen Arbeitsgruppe, die sich dezidiert mit Jugendarbeit in MSO bzw. mit der Partizipation von Jugendlichen beschäftigt. Folgende TeilnehmerInnen haben sich bereit erklärt in der Arbeitsgruppe mitzuwirken: Alona Stukuna, Florin Schmidt, Marianne Winkler, Olga Ebert.

Arbeitsplanung für 2011

Für das Jahr 2011 wurde ein Arbeitsplan mit folgenden Inhalten aufgestellt:

- Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (aus AG)
- Servicestelle für Anerkennung
- Qualität der Deutschkurse - Berufsbezogen und zielgerichtet
- Förderung der Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen
- Arbeitsmarktintegration
- Werbung/ Öffentlichkeitsarbeit für die Schulung der Mitarbeiter (ARGE)
- es wird eine öffentliche Veranstaltung zur neuen Verabschiedung des Gesetzes zur Anerkennung ausl. Berufsabschlüsse geben
- Erstellung einer Dokumentation zu Public Relation (PR) von LAMSA

Themenvorschläge für die EFI - Fortbildungsreihe 2011

- Moderation-, Präsentationskompetenzen (8 TN)
- Öffentlichkeitsarbeit vertiefen, Erstellung qualifizierter Dokumente (Homepage, Fernsehbeiträge) (16 TN)
- (Vereinsführung) Vereinsrecht: Rechtsgrundlagen, Finanzierung, Mitgliederverwaltung, Veranstaltungsrecht, Gewinnung von Freiwilligen im Verein, Gema (14 TN)
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Zuwanderung (7 TN)
- Migranten als Selbstständige (9 TN)
- Staatsformen Deutschlands (politisches System, Gewaltenteilung, Gesetzgebungsverfahren) letzter Punkt im Modul, soll verknüpft werden mit einem Besuch Landtag, Bundesrat oder Bundestag, so dass man in Kontakt tritt mit den Leuten vor Ort (20 TN)

7. Auswertung der Veranstaltung

Bei der Auswertung der zweitägigen Veranstaltung wurden folgende Punkte für gelungen erklärt.

- Organisation und Betreuung
- Moderation
- Qualität der Arbeitsgruppen, besonders die Leitung der zweiten Arbeitsgruppe
- gute Mitwirkung aller Teilnehmer
- Kompetente Referenten, hier besonders Herr Duc und Frau Hörner
- Unterstützung durch Frau Susi Möbbeck sowie die gute Kommunikation und das gute Gesamtergebnis des LAMSA

Anhang

Teilnehmerliste

Name	Vorname	Verein
Abasov	Aliakbar	Meridian e. V. Bernburg
Dr. Ali	Tarek	Islamisches Kulturcenter e. V. Halle
Amelal	Djamel	Islamisches Kulturcenter e. V. Halle
Azadeh	Pooyan	Persisch-Deutscher Verein
Bormann	Marlitt	IVIZ e. V.
Coulibaly	Abdoul	Privatperson
Dalay	Ariunbayar	Deutsch-Mongolischer Verein Halle (Saale) „Gobi“
Dr. Dansokho	Moussa	Deutschland Nangadef
Diaz	Madlen	Projektleiterin „Family-Familia-Familie“
Döme	Csaba	Zuwandererstammtisch JL-Burg
Dr. Diaby	Karamba	LAMSA Koordinator
Doue	John Anderson	Wort des Lebens
Dreßler	Undrakhbayar	Zuwandererstammtisch JL-Burg
Drewlo	Klaus	DRK LV Sachsen-Anhalt
Ebert	Olga	Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V
Ehlis	Irina	Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V Sangerhausen
Fofanah	Joseph	Afrikanische Propsteigemeinde St. Mauritius und St. Elisabeth
Gasch	Anke	Koordinatorin Integregation und Migration des Stadt Halle
Gepner	Irina	Landmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.
Hörner	Sylvia	SPI
Kabore	Noel	Initiative Bürger aus Burkina-Foso
Kadhum	Sami	Irakischer Migrantenrat Mitteldeutschland
Kaiyama	Mika	Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
Kaschewarow	Valery	Landmannschaft der Deutschen aus Russland e.V Sangerhausen
Khalif	Jamal	Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
Dr. Klein	Nicolas	SKV „Meridian e. V.“
Koch	Nina	Integration von Zuwanderern e. V. Merseburg
Kürschner	Denise	AGSA e. V.
Lorenz	Tatjana	IVIZ e.V
Makk	Ferenc	Diakonie Mitteldeutschland
Manjuk	Valerija	Judisch Soziokulturelles Zentrum „Ludwig Philippson“ e. V.

Manukyan	Harutjun	Armenische Gemeinde
Mburwa	Eliane	Burundi-Kulturverein i.G.
Minhel	Razak	Multikulturelles Zentrum Dessau e. V.
Möbbeck	Susi	Ministerium für Gesundheit und Soziales; Integrationsbeauftragte
Mohamad	Mamad	Gemeinde der Kurden aus Syrien e. V.
Nguyen	Tien Duc	Caritasverband
Nickels	Wilfried	Landesverwaltungsamt
Nyembre	Bright	Privatperson
Oster	Svetlana	Integrationsbeauftragte der Stadt Magdeburg
Pfuhl	Petra	BAMF
Qureshi	Umair	Student/ Evaluation
Roth	Satenik	Armenische Gemeinde
Schewtschenko	Tatjana	Deutsch-Russischer Arbeitskreis „Dialog“ e. V.
Schmidt	Olga	Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ e. V. Halle
Schwanke	Lena	Büro der Integrationsbeauftragten Halle
Seidel	Istvan	Ungarischer „Petö Klub“
Seiser	Grigorij	SV Wostok
Seiser	Radda	SV Wostok
Stapel	Jenny	Jugendwerkstatt Bauhof JMD/MBE
Stukuna	Alona	Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ e. V. Halle
Tambach	Irena	Punjabi Community Halle e. V.
Tokaryeva	Natalija	SKV „Meridian e. V.“ SBK
Wedler	Marion	Ministerium für Gesundheit und Soziales
Wiesner	Tina	Studentin/ Evaluation
Willimsky	Gunter	Deutsch-Mongolischer Verein Halle (Saale) „Gobi“
Winkler	Mariana	SI-Halle
Dr. Yousif	Mohamed	Stadtrat Halle, Die Linke

Referenten/Moderatoren		
Name	Vorname	Verein
Ahmed	Rahma Abou	Studentin
Büttner	Jens	Pressesprecher Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Hörner	Sylvia	SPI
Klobe	Ulrike	Diplom - Pädagogin
Nguyen	Tien Duc	Caritasverband

Röder	Ildiko	DAA Deutsche Angestellten Akademie GmbH
Schmidt	Florin	djo Deutsche Jugend in Europa, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
Tandron-Schimke	Maxim	
Weinert	Christian	Politikwissenschaftler, Halle (Saale)

Pressemitteilung

Migrantenselbstorganisationen ziehen nach zwei Jahren Bilanz des Integrationsprozesses in Sachsen-Anhalt . Herr Mamad Mohamad wurde als Sprecher wiedergewählt.

Am 12. und 13. November 2010 fand die 3. Mitgliederversammlung der Migrantenselbstorganisationen des Landes Sachsen-Anhalt im Begegnungszentrum der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in Halle statt.

Schwerpunkt dieser Mitgliederversammlung waren unter anderem die Analyse der allgemeinen Situation der Zugewanderten in Sachsen-Anhalt und die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse und Qualifikation sowie die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Als Haupthindernis der Integration wurde das Problem des Arbeitsmarktzu- gangs thematisiert und herausgestellt.

Das Landesnetzwerk sieht daher als eine der künftigen Schwerpunkte seiner Arbeit die Ermutigung der Migrantinnen und Migranten, die ersten Wege zum Annerkennungsverfah- ren zu bestreiten. Weiterhin wurde über die Partizipation von Jugendlichen mit Migrati- onshintergrund diskutiert und festgestellt, dass auf diesem Gebiet großer Nachholbedarf besteht. Daher wird diese Zielgruppe motiviert, intensiver auf deutsche Verbände zuzu- gehen. Eine Voraussetzung dafür ist die Interkulturelle Öffnung der Organisationen der Mehrheitsgesellschaft.

Die 62 anwesenden Delegierten des Landesnetzwerkes wählten eine neue Führungsspitze.

- **Herr Mamad Mohamad** (Gemeinde der Kurden aus Syrien e. V. Halle, Sprecher)
- **Frau Olga Ebert** (Landsmannschaften der Deutschen aus Russland e. V. Halle; stellv. Sprecher)
- **Swetlana Oster** (Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration der Landes- hauptstadt Magdeburg)
- **Herr Dr. Karamba Diaby** (Ausländerbeirat der Stadt Halle)
- **Herr Nguyen Tien Duc** (Mitglied des Beirates für Migration und Integration der Landes- hauptstadt Magdeburg).

Über das Landesnetzwerk

Das Landesnetzwerk vertritt das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Interesse der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Land Sachsen- Anhalt und versteht sich als legitimer Gesprächspartner gegenüber der Landesregierung und allen relevanten Organisationen auf Landesebene, sowie ähnlichen Migrantenorganisationen in anderen Bundesländern.

Das Landesnetzwerk möchte einen Beitrag zur nachhaltigen Förderung der Integration von MigrantInnen in Sachsen-Anhalt leisten.

